

Positionspapier der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/2026 der Stadt Chemnitz

Die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Doppelhaushaltes 2025/2026 stellen Stadtrat und Verwaltung der Stadt Chemnitz angesichts eines Defizits von über 65 Millionen Euro vor erhebliche Herausforderungen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennt an, dass dieses Defizit auf Probleme zurückzuführen ist, die sowohl in der unzureichenden Finanzierung durch Bund und Land als auch in der städtischen Finanzplanung und Steuerung der vergangenen Jahre liegen.

Wir verorten die Ursachen vor allem in vier Bereichen:

- 1. Unzureichende Finanzierung durch Bund und Land:** Wie allen Kommunen wurden auch Chemnitz immer mehr Pflichtaufgaben ohne ausreichende Finanzierung von Bund und Land übertragen. Dies führt zu dauerhaften, teilweise steigenden Mehrbelastungen für den städtischen Haushalt. Zudem fließen Fördermittel häufig an Chemnitz vorbei, weil die Ämter die notwendigen Eigenmittel nicht darstellen können.
- 2. Unzureichende Vorsorge für erwartbare Kostensteigerungen:** Die entstandene Situation ist auch ein Ergebnis fehlender Vorsorge in den vergangenen 15 Jahren. Ein Beispiel sind nicht erfolgte energetische Sanierungen, die jetzt in hohen Energiekosten zu Buche schlagen. Ungelöste Steuerungsprobleme und die versäumte Präventionsoffensive bei den Hilfen zur Erziehung führen ebenfalls zu hohen Kostensteigerungen. Bereits der Doppelhaushalt 2023/24 wurde sehenden Auges mit einer hohen Unterdeckung beschlossen: Trotz damals bereits bekanntem Tarifabschluss wurden nur 2 statt 11 Prozent Tarifsteigerungen eingeplant.
- 3. Unzureichende Verwaltungs- und Prozessoptimierung:** Effizienzmöglichkeiten in der Verwaltung und bei städtischen Aufgaben (auch durch Digitalisierung) wurden nicht konsequent genug umgesetzt, was nun zu vermeidbaren Mehrausgaben führt.
- 4. Strategische Steuerung:** Haushaltsplanung inklusive Definition von Schlüsselprodukten orientieren sich mehr an Sachzwängen und verfügbaren Budgets und weniger an strategischen Zielen. Hier fehlen zukunftsorientierte Zielvorgaben mit Kennzahlen, begleitet von Wirkungsanalysen. Zudem führt der zweijährige Planungszeitraum angesichts unklarer Rahmenbedingungen (insbesondere des fehlenden Landeshaushalts) zu Beschränkungen bei der Nachsteuerung und vergrößert das vorhandene strategische Ungleichgewicht zwischen Stadtrat und Verwaltung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine konsequente Auseinandersetzung mit den strukturellen Ursachen des Defizits im städtischen Haushalt. Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik, die zukünftige Generationen nicht belastet, sondern ihnen Handlungsfähigkeit ermöglicht. Die nachfolgend von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, den Haushalt der Stadt Chemnitz nicht nur zu konsolidieren, sondern auch zukunftsfähig zu gestalten. In den folgenden vier Bereichen müssen wir jetzt handeln, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu sichern und gleichzeitig die Lebensqualität für alle Chemnitzer*innen zu erhalten und zu verbessern:

1. Stärkerer Einsatz für mehr Fördermittel in Chemnitz

- **Eigenmittelpool schaffen:** Ein dezernatsübergreifender Titel zur Kofinanzierung von Förderprogrammen ist nötig, um gezielt Fördermittel nutzen zu können, die Einsparungen im Haushalt ermöglichen.
- **Fortführung der „Sächsischen Klimamillion“:** Wir setzen uns für Fortsetzung und Erweiterung dieser Landesmittel ein. Durch Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien können Verbrauchskosten langfristig deutlich gesenkt werden.
- **Mehrbelastungsausgleich rechtlich einfordern:** Chemnitz sollte für einen bedarfsgerechten Mehrbelastungsausgleich durch den Bund auch auf dem Rechtsweg eintreten und gemeinsam mit anderen Kommunen entsprechende Klagegemeinschaften bilden.

2. Vorsorge für erwartbare Kostensteigerungen

- **Flächen und Ausbaupotenziale für erneuerbare Energien nutzen:** Geeignete städtische Dach- und Freiflächen müssen vermehrt für Erneuerbarer Energien genutzt werden, um Einnahmen aus Pacht und Ertragsbeteiligungen zu erzielen bzw. die Energie selbst zu nutzen. So würde die Bereitstellung des bisher verweigerten städtischen Grundstückes für den Windpark Euba Pachteinnahmen in Millionenhöhe ermöglichen. Auf Schulen oder Schwimmbädern erzeugte Solarenergie senkt die Verbrauchskosten enorm. Eine städtische Bürgerenergiegesellschaft nach dem Vorbild des Rhein-Hunsrück-Kreises könnte bei der Finanzierung der notwendigen Investitionen einen wichtigen Beitrag leisten. Zusätzlich profitiert die Stadt von den Erlösen aus der vor Ort erzeugten Windkraft.
- **Festes städtisches Energieeffizienzbudget:** Ein festes Budget (entsprechend dem Beschluss B-156/2022) für Energieeffizienzmaßnahmen ist auch künftig notwendig, um unter Einbeziehung der Mittel aus der Klimamillion langfristige Einsparungen zu erzielen.
- **Kommunale Fundraising-Plattform schaffen:** Eine Plattform für projektbezogene Bürger*innenspenden beispielsweise für städtische Baumpflanzungen, Spielgeräte, Brunnen, Bänke etc. kann die Stadtfinanzen entlasten und Beteiligung sowie bürgerschaftliches Engagement fördern.
- **Beteiligung Flugplatz Jahnsdorf:** Hier sehen wir das dringende Erfordernis, die Einnahmen durch die Nutzungsgebühren so weit zu erhöhen, dass der städtische Zuschuss schrittweise auf 0 Euro gesenkt werden kann. Andernfalls stellt sich die Frage der Beendigung an der Beteiligung an dieser Gesellschaft.
- **Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung:** Durch eine Anpassung der Gebühren an das Niveau anderer kreisfreier Städte sowie eine Ausweitung der Anwohnerparkzonen können städtische Einnahmen zur Gegenfinanzierung steigender Kosten im Verkehrsbereich erzielt werden.
- **Geflüchtete schnell in Arbeit bringen:** Die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen müssen bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen durch die städtische Ausländerbehörde konsequent angewendet werden. Das senkt die Kostenbelastung der Stadt. Es ergibt auch sozialpolitisch wenig Sinn, Menschen, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, in

die Abhängigkeit von Sozialleistungen zu zwingen. Ermessensspielräume sollten genutzt werden, um Menschen schnell in Arbeit zu bringen.

- **Anstrengungen zum Ausbau von Pflegefamilien:** Eine Möglichkeit den Anstieg der Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung zu dämpfen, ist die Ressourcen der Stadtgesellschaft zu nutzen. Pflegefamilien leisten hier enorme Entlastung für die betroffenen Kinder und den Stadthaushalt. Sie noch stärker zu unterstützen, hilft Kindern in schwierigen Lebenslagen und entlastet den Haushalt der Stadt.

3. Optimierung aller Prozesse in Verwaltung und städtischen Unternehmen

- **Zentralisierung gleichartiger Aufgaben:** Wir schlagen die Prüfung einer Kultur- und Verwaltungsholding zur Bündelung gleichartiger Aufgaben (z.B. Buchhaltung; Personalbuchhaltung; Beschaffung; Fuhrpark; IT) innerhalb der städtischen Unternehmen und Verwaltung als zentralen Schritt zur Effizienzsteigerung vor.
- **Digitalisierung nutzen:** Die konsequente Umstellung auf digitale Kommunikation und Ablage ist zwingend, um Material-, Druck- und Raumkosten zu reduzieren. Dazu gehört die zügige Umsetzung der digitalen Akte.
- **Effiziente Fahrzeugnutzung:** Durch Zentralisierung, Nutzung von Sharing-Angeboten und die Abschaffung personengebundener Dienstfahrzeuge kann die städtische Fahrzeugflotte optimiert und verkleinert werden.
- **Digitale Materialplattform:** Die Einführung einer digitalen Plattform zur Wiederverwendung von Schul- und Büromöbeln, Geräten sowie technischem Material kann Kosten für Neuanschaffungen verringern.
- **Neue Arbeitsmodelle umsetzen:** Flexible Arbeitsplätze und mobiles Arbeiten bieten die Möglichkeit, Raumkosten zu reduzieren und den Mitarbeitenden gleichzeitig mehr Flexibilität zu bieten.

4. Strategische Steuerung

- **Vorrübergehende Rückkehr zum jährlichen Haushalt:** Ein jährlicher Haushalt bietet nicht nur mehr Klarheit, sondern ermöglicht eine konsequentere Einbindung des Stadtrates sowie eine bessere Reaktion auf finanzielle Entwicklungen und unvorhergesehene Ereignisse. Die ungeklärte Situation bei den Themen Regierungsbildung und Haushalt auf Landesebene erfordern ein „Fahren auf Sicht“.
- **Einführung eines Vorschlagswesens:** Die Mitarbeitenden in der Verwaltung sollten die Möglichkeit haben, aktiv Vorschläge zur Kostensenkung einzubringen. Dies kann durch Mittel aus dem Leistungsentgelt gefördert werden.
- **Haushaltsanalyse zur Tragfähigkeit:** Eine eingehende Analyse der Tragfähigkeit des Haushaltes wird notwendig, um langfristig Planungssicherheit zu gewährleisten.
- **Personalabbau mit Vorsicht:** Beim Personalabbau muss das Vorsorgeprinzip gelten. Wenn Stellenstreichungen wirtschaftlichen Schaden, einseitige soziale Belastungen, Mehrkosten oder Einnahmeverluste nach sich ziehen, wird das Gegenteil von Konsolidierung erreicht.